

Landeshauptstadt Dresden
Die Oberbürgermeisterin



N I E D E R S C H R I F T

zum öffentlichen Teil

der 24. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Kommunalwirtschaft (UK/024/2011)

am Montag, 31.01.2011,

16:30 Uhr

**im Neuen Rathaus, Beratungsraum 4, 4. Etage, Raum 13,
Dr.-Külz-Ring 19, 01067 Dresden**

Beginn der Sitzung:

16:30 Uhr

Ende der Sitzung:

19:35 Uhr

Anwesend:

Stellvertretender Vorsitzender

Dirk Hilbert

Vertretung für Frau Helma Orosz

CDU-Fraktion

Dr. Georg Böhme-Korn

Dr. Helfried Reuther

Joachim Stübner

Fraktion DIE LINKE.

Dr. Margot Gaitzsch

Andreas Naumann

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Andrea Schubert

Elke Zimmermann

SPD-Fraktion

Albrecht Pallas

BürgerBündnis / Freie Bürger Fraktion

Anita Köhler

Stellvertretende Mitglieder

Jens Genschmar

Angelika Malberg

Vertretung für Herrn Burkhard Vester

Vertretung für Herrn Lothar Klein

Abwesend:

CDU-Fraktion

Lothar Klein

FDP-Fraktion

Burkhard Vester

Verwaltung:

Frau Dumke	GB 7 Amt 86
Herr Paul	GB 7 Amt 86
Herr Rothe	GB 7 Amt 86
Herr Frenzel	GB 7 Amt 86
Herr Seifert	GB 7 Amt 86
Herr Altmeyer	GB 7 Amt 86
Herr Dr. Korndörfer	GB 7AL Amt 86
Frau Pochert	GB 7 Amt 67
Herr Holzapfel	Büro GB 7
Frau Manicke-Richter	Büro GB 7

Gäste:

Herr Pielenz	privat
Frau Zimmermann	privat
Herr Seffara	Tschech. Verkehrsministerium Prag
Herr Jirasek	Leitender Direktor Povodi Labe
Herr Obrdlik	Povodi Labe
Herr Lischke	Dolmetscher

Schriftführerin

Ines Richter

|

T A G E S O R D N U N G

Öffentlich

- | | | |
|---|---|----------------------------------|
| 1 | Integriertes Energie- und Klimaschutzkonzept für die Landeshauptstadt Dresden | V0837/10
beschließend |
| 2 | Maßnahmen gegen erhöhten Bahnlärm im Dresdner Stadtgebiet | A0293/10
beschließend |

Nicht öffentlich

- | | | |
|---|---|---|
| 3 | ab 17:00 Uhr Information zu Hochwasserschutzmaßnahmen im Einzugsgebiet der tscheschischen Elbe BE: Leitender Direktor von Povodi Labe Information über die Planung einer Staustufe in Decin BE: Tscheschisches Verkehrsministerium Prag | |
| 4 | Erweiterung des Skateparkes an der Lingnerallee | A0215/10
beratend
(federführend) |
| 5 | Informationen/Sonstiges | |

öffentlich

Einleitung:

Herr **BM Hilbert** eröffnet die 24. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Kommunalwirtschaft. Er begrüßt die Mitglieder des Gremiums, die Vertreter der Verwaltung sowie die Gäste zum öffentlichen Teil der Sitzung.

Zur Sitzung wurde frist- und formgerecht geladen, Beschlussfähigkeit ist hergestellt.

Herr BM Hilbert erwähnt, dass zur heutigen Sitzung zum Tagesordnungspunkt 3 - nichtöffentlicher Teil - die Vertreter der Tschechischen Republik in der Sitzung zu Gast sein werden und Vorträge zu Hochwasserschutzmaßnahmen im Einzugsgebiet der tschechischen Elbe sowie zur Planung einer Staustufe in Decin geben werden.

Auf Grund einer sich daran anschließenden Veranstaltung - beginnend um 18:30 Uhr - woran die Tscheschischen Gäste Akteure sein werden, müsse das Gremium gegebenenfalls die Tagesordnung kurzfristig anpassen und die Beratungsfolge der einzelnen Tagesordnungspunkte ändern.

Diesem Anliegen werde entsprochen.

1 Integriertes Energie- und Klimaschutzkonzept für die Landeshauptstadt Dresden

**V0837/10
beschließend**

Herr **Dr. Korndörfer** erläutert und begründet die Vorlage. Dabei bemerkt er, dass die Tendenz der Energiepreise deutlich einen Anstieg ausweise. Darüber hinaus erinnert er an den demografischen Wandel in der Stadt in dessen Folge nicht weniger Bürger aber deutlich ältere Bürger in Dresden wohnhaft sein werden. Nicht zuletzt sei der Klimawandel zu erwähnen. Auch dieser bewirke Wendungen im Energiebereich.

Herr Dr. Korndörfer erwähnt, dass es inzwischen eine Vielzahl von Beschlüssen der Bundesregierung im Ergebnis mit der Befassung mit vorgenannten Themen gäbe. Deutlicher Handlungsbedarf sei zu erkennen.

Er führt weiter aus, dass seit 1990 34 % CO₂ reduziert worden sei. Es habe einen Effizienzgewinn gegeben, deutlich zu erkennen an der Modernisierung des Kraftwerkbestandes in Dresden. Mit dem erneuerbaren Energiengesetz sei ein Werkzeug geschaffen worden, die bisherigen zentralen Prozesse in die Richtung der Dezentralität mit einer gewissen Photovoltaiklastigkeit zu entwickeln. In Folge dessen verschiebe sich die Preisstruktur bei den Energiepreisen.

Der Trend laufe in die Richtung der schrittweisen Ablösung der fossilen Energien bis 2050 durch erneuerbare Energien, hebt Herr Dr. Korndörfer hervor. Weiterhin laufe der Trend in Richtung grundsätzlicher Energieeinsparung.

Die ursprüngliche Zielsetzung für Dresden, 50 % CO₂ bis 2010 einzusparen, habe Dresden nicht erreicht. Trotzdem seien eine Vielzahl von Erfolgen zu verzeichnen. Die Zielsetzung bedeute, bis 2030 nochmals 34 % CO₂-Ausstoß zu reduzieren.

Besonders wichtig sei eine Potentialanalyse, differenziert nach Akteurs- und Verbrauchergruppen mit deren Flächen- und Standortpotentialen, stellt Herr Dr. Korndörfer heraus. Es würden weiterhin die regenerativen und fossilen Energieträger sowie deren Speicherung geprüft.

Für das Energie- und Klimaschutzkonzept gelte es, Ziele, Szenarien zu prüfen und Umsetzungsstrategien festzuschreiben. Dabei sind die Zuständigkeiten, die Finanzierung sowie das Controlling konkret festzulegen.

Herr **BM Hilbert** dankt für die Vorstellung der Vorlage und ergänzt, dass nicht nur von außerhalb, sondern auch intern Zustimmung zu verzeichnen sei. Er verweist auf die zustimmenden Voten der Ausschüsse für Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung und Bau.

Das Konzept werde grundsätzlich begrüßt, stellt Frau **StRin Schubert** ihren Ausführungen voran. Dennoch gehe die strategische Zielstellung, insbesondere im Beschlusspunkt 1, nicht weit genug. Die erneuerbaren Energien müssten in die Beschlussvorlage sofort mit einbezogen werden und deshalb bringe ihre Fraktion einen Änderungsantrag zu Beschlusspunkt 1 ein, der die strategische Zielstellung „Dresden auf dem Weg zu höchster Energieeffizienz“ ersetze durch „**Dresden - Treibhausgasemissionen minus 95 % bis 2050 gegenüber 1990**“. Der Änderungsantrag wird allen Mitgliedern ausgereicht.

Herr **StR Pallas** begrüße grundsätzlich das Anliegen im Ansatz, wobei die Perspektiven bis 2050 im Blick stehen müssten. Er folge dem Ansinnen der Änderungsvorschläge der Grünen-Fraktion.

Generell stellt Herr **StR Dr. Reuther** klar, dass es im Beschlussvorschlag darum gehe, ob ein Konzept gewollt sei oder nicht. Ein Inhalt eines zu beschließenden Konzeptes stehe nicht zur Disposition. Der vorliegende Beschlussvorschlag sei grundsätzlich korrekt, nur müsse es richtig heißen: **Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt beschließen zu lassen.**

Der Inhalt der Vorlage werde von Herrn **StR Naumann** befürwortet und er votiere zudem für den Änderungsantrag der Grünen-Fraktion.

Weiterführend mahnt Frau **StRin Dr. Gaitzsch** dass es nicht richtig sei, nur von CO₂ zu sprechen, auch die Stickoxide solle man in das Konzept aufnehmen.

Der Änderungsantrag der Grünen-Fraktion sei ins „Blaue“ formuliert, zunächst müsse ein Konzept erarbeitet werden, ehe über inhaltliche Belange diskutiert werde, konstatiert Herr **StR Dr. Böhme-Korn**.

Herr **BM Hilbert** erinnert, dass der Antrag einer „CO₂ neutralen Stadt“ vom Ausschuss für Wirtschaftsförderung abgelehnt worden sei. Die Stadt habe sich für den Weg höchster Energieeffizienz entschieden, weil die Stadt eine energieintensive Industriebranche habe. Er wirbt intensiv für die vorgeschlagene Variante.

Frau **StRin Zimmermann** hält den Änderungsantrag ihrer Fraktion aufrecht und betont, dass langfristige Ziele den kurz- und mittelfristigen Zielen nicht entgegen stehen.

Frau **StRin Köhler** vertrete den Standpunkt, dass ein Konzept, welches Maßnahmen beinhalte, auch einer Beschlussfassung durch den Stadtrat bedürfe. Deshalb beantrage sie die Änderung im Beschlussvorschlag dahingehend, dass das Konzept **dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegen sei**.

Weitere Anfragen bzw. Diskussionsbeiträge werden nicht eingebracht. Herr **BM Hilbert** bringt die Änderungsanträge wie folgt zur Abstimmung:

„Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt zu veranlassen, ...“

Abstimmung: 11 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen Zustimmung

Beschlusspunkt 1 erweitern:

„... zu lassen **und dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegen.**“

Abstimmung: 11 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen Zustimmung

Ersetzung der strategischen Zielstellung „Dresden auf dem Weg zu höchster Energieeffizienz“ durch **„Dresden - Treibhausgasemissionen minus 95 % bis 2050 gegenüber 1990“**.

Abstimmung: 5 Ja / 5 Nein / 1 Enthaltung Ablehnung

Die wie vorgenannt geänderte und ergänzte Vorlage wird zur Gesamtabstimmung gebracht und anschließend wird der Tagesordnungspunkt 1 geschlossen.

Beschlussvorschlag:

Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt,

1. bis Anfang 2012 ein Integriertes Energie- und Klimaschutzkonzept mit der strategischen Zielrichtung „Dresden auf dem Weg zu höchster Energieeffizienz“ erstellen zu lassen **und dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegen**.
2. Die Gliederungspunkte des Integrierten Energie- und Klimaschutzkonzeptes einschließlich der Umsetzungsstrategien (Anlage 1) werden zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung mit Änderung

Ja 11
Nein 0
Enthaltung 0

2 Maßnahmen gegen erhöhten Bahnlärm im Dresdner Stadtgebiet**A0293/10
beschließend**

Herr **StR Pallas** führt in die Thematik ein und erläutert dabei das Anliegen des Antrages. Ein Problem werde darin gesehen, dass mit dem Ausbau der Eisenbahnstrecken im Dresdner Schienennetz auch die Beschwerden der Anwohner auf Grund Lärmbelastigungen enorm zugenommen haben. Insbesondere der Güterverkehr sorge für deutlich höhere Lärmbelastigung.

Er sehe als Problem, dass die Bürger nicht wissen, an welche zuständige Stelle sie sich bezüglich ihrer Anliegen zur Minimierung der Lärmbelastigung wenden sollten. Weder die Landesdirektion noch die Deutsche Bahn sehen sich in der Verantwortung. Vor Beginn der Ausbaumaßnahmen habe es eine öffentliche Auslegung zu Abwägungen zum Lärmschutz gegeben.

Trotzdem, so bemerkt Herr StR Pallas, sei es für die Betroffenen schwer zu verstehen, dass sie mit der Lärmbelastigung leben sollen. Zudem nehme im Masterplan zum Lärmschutz - er sei im Ausschuss für Umwelt und Kommunalwirtschaft beschlossen worden - das Thema „Eisenbahnlärm“ nur einen geringen Platz ein.

Es sei wichtig, stellt Herr StR Pallas klar, dass nunmehr bei den begonnenen teilgebietlichen Umsetzungen der Lärmaktionspläne der Fern- und Güterfernverkehr eine größere Aufmerksamkeit bekäme. Meinungen und Anregungen von Bürgern der betroffenen Gebiete solle man dabei mehr einbeziehen.

Frau **StRin Dr. Gaitzsch** erachte grundsätzlich das Ziel dieses Antrages als begrüßenswert. Die Beschlusspunkte 1 und 2 seien in Ordnung. Zum Beschlusspunkt 3 vertrete sie den Standpunkt, dass man keine Begehrlichkeiten wecken solle, welche dann nicht realisierbar seien. Deshalb bringe sie einen Änderungsantrag zum Beschlusspunkt 3 wie folgt ein:

..., „dem Stadtrat zu berichten, welchen aktuellen Lärmbelastigungen entlang der Eisenbahnstrecken im Dresdner Stadtgebiet die Bürgerinnen und Bürger aktuell ausgesetzt sind und im Zuge künftiger Baumaßnahmen ausgesetzt sein werden.“

Im Beschlusspunkt 4 sei von Interesse, inwieweit die Lärmbelastigungen einbezogen seien.

Für Herrn **StR Dr. Reuther** stelle sich generell die Frage, was mit dem Beschluss zum Antrag für die Dresdner Bürger erreicht werden könne. Zum Punkt 1 und 2 hinterfragt er, inwieweit die erforderlichen Daten verfügbar seien.

Hierzu stellt Herr **Rothe** klar, dass die Daten wie für Punkt 1 und 2 gefordert nicht geliefert werden können. Er bestätigt, dass bei der Schaffung einer Bahnstrecke auch eine Lärmsanierung erfolge. Konkret im Hechtviertel seien beidseitig Schallschutzwände geplant gewesen, man habe aber eine Entscheidung für Lärmschutzfenster getroffen.

Das Lärmsanierungsprogramm der Bundesregierung als Beauftragung greife bei den angesprochenen Personen nicht. Die Lärmbelastigung liege tags unter 70 db und nachts unter 60 db.

Eine Prüfung sei laut Lärmkartierung erfolgt. In Beantwortung der Nachfrage von Frau StRin Zimmermann, ob es Geschwindigkeitsbegrenzungen für Züge innerorts gäbe erklärt Herr Rothe, dass dies nicht der Fall sei. Aus Lärmschutzgründen gäbe es keinen Eingriff.

Herr **StR Dr. Böhme-Korn** stellt bei allem Verständnis für die Belange der Bürger fest, dass die Grenzwerte eingehalten würden und damit auch kein Handlungsbedarf bestehe.

Es wird ein weiterer Änderungsantrag zum Beschlusspunkt 3 des Antrages wie folgt eingebracht:

„... durchzuführen, um über *sinnvolle* Maßnahmen zur Verminderung der Lärmbelastung sowie deren *Realisierungsmöglichkeiten* zu sprechen,“

Herr **StR Pallas** übernimmt für seine Fraktion die Änderungsvorschläge zu den Beschlusspunkten 1 und 3 und appelliert an die Mitglieder des Gremiums, dem Antrag ihre Zustimmung zu geben.

Die bestehende Gesetzeslage bekräftigend erinnert Herr **StR Genschmar**, dass der Bürger nicht nur Reden, sondern konkrete Zusagen erwarte, welche dann auch umzusetzen seien.

Von Herrn **StR Naumann** wird der Antrag zur punktweisen Abstimmung eingebracht.

Weitere Anfragen werden nicht gestellt bzw. Diskussionsbeiträge eingebracht. Herr **BM Hilbert** bringt den Antrag je Beschlusspunkt zur Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt,

1. dem Stadtrat zu berichten, **welchen aktuellen Lärmbelastungen entlang der Eisenbahnstrecken im Dresdner Stadtgebiet die Bürgrinnen und Bürger aktuell ausgesetzt sind und im Zuge künftiger Baumaßnahmen ausgesetzt sein werden.**

Abstimmung: 5 Ja / 5 Nein / 1 Enthaltung Ablehnung

2. zu berichten, inwieweit der 2009 beschlossene Masterplan Lärminderung Maßnahmen mit Bezug auf Eisenbahnlärm vorsieht und in welchem Umsetzungsstadium sich diese befinden,

Abstimmung: 5 Ja / 5 Nein / 1 Enthaltung Ablehnung

3. in den von Eisenbahnlärm besonders betroffenen Ortsamtsgebieten Einwohnerversammlungen unter Hinzuziehung von Vertretern der Deutschen Bahn AG durchzuführen, um über **sinnvolle** Maßnahmen zur Verminderung der Lärmbelastung **sowie deren Realisierungsmöglichkeiten** zu sprechen,

Abstimmung: 3 Ja / 6 Nein / 2 Enthaltungen Ablehnung

4. bei der Überarbeitung der Teilgebiets-Lärmaktionspläne für die Äußere Neustadt und die Friedrichstadt und bei der Erarbeitung weiterer Teilgebiets-Lärmaktionspläne die Lärmbelastung durch den Eisenbahnverkehr stärker als bisher zu berücksichtigen und im Ergebnis konkrete Maßnahmen zur Lärminderung vorzuschlagen.

Abstimmung: 3 Ja / 6 Nein / 2 Enthaltungen Ablehnung

Der Tagesordnungspunkt 2 wird geschlossen und das Gremium setzt seine Beratung in nichtöffentlicher Sitzung fort.

15.02.2011

Dirk Hilbert
Beigeordneter für Wirtschaft

Ines Richter
Schriftführerin

Genschmar
Stadtrat

Dr. Reuther
Stadtrat